



**Stadtamt Braunau am Inn
Stadtplatz 38, 5280 Braunau am Inn**

Verhandlungsschrift

über die am Donnerstag, den 14.2.2019, im Veranstaltungszentrum stattgefundene Sitzung des

Gemeinderates

Beginn: 18.12 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

Vorsitzender: Bgm. Mag. Johannes Waidbacher

Gemeinderatsmitglieder:

ÖVP-Fraktion: StR Doris Haubentrath, StR Dir. Josef Knauseder MMBA, GR Fabian Graf, GR Marco Baccili, GR Gerhard Bruckbauer, GR Klaus Ranzenberger, GR Stefanie Stoffle, GR Anna Stoiber, GR Mag. Matthias Kritzingner MA, GR Alfred Hermann, GR Peter Lehrer

Entschuldigt: Vbgm. Florian Zagler BA, GR Zoran Sijakovic, GR HR Eva Gaisbauer,

Ersatz: GRE Barbara Ober, GRE Anton Bernroithner, GRE Hubert Stallinger

FPÖ-Fraktion: Vbgm. Christian Schilcher, StR Hubert Esterbauer, GR Mag.Ing. Gerhard Haberfellner, GR Ing. Hans Pill, GR Daniel Steinkogler, GR Christian Bachinger, GR Peter Schiller, GR Adolf Burgstaller

Entschuldigt: GR Matthias Friedl

Ersatz: GRE Brigitte Ortner

SPÖ-Fraktion: StR DI Wolfgang Grabner-Sittenthaler, GR Rudolf Eiblmaier, GR Ing.Günter Weibold, StR Michaela Feichtenschlager, GR Günter Mikula, GR Mag. Karl Felbermair, GR Rudolf Streitberger, GR Friedrich Wagner

Entschuldigt: GR Gabriele Knauseder MSc

Ersatz: GRE Renate Mann

GRÜNE-Fraktion: StR Lizeth Außerhuber-Camposeco, GR Mag. DI Manfred Hackl, GR DI Manuel Parfant

Entschuldigt: GR BR David Stögmüller

Ersatz: GRE Friedrich Schmid

Anwesende Gemeindebedienstete:

Dr. Robert Bernroithner, Dipl.Ing. Karl Schug, Mag. Martina Schwandtner, Gisela Lahner

Schriftführerin: Gisela Lahner

Der Vorsitzende eröffnet die Gemeinderatssitzung und stellt fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Weiters verweist er darauf, dass die Verhandlungsschrift der Gemeinderatssitzung vom 11.12.2018 aufliegt und diese als genehmigt gilt, wenn bis Ende der Sitzung kein Einwand erhoben wird.

Bgm. Mag. Waidbacher teilt außerdem mit, dass zwei Dringlichkeitsanträge vorliegen in denen es um das Oö. Tourismusgesetz 2018-Gemeindezuschlag zur Freizeitwohnungspauschale und um den Neubau der Feuerwehrgaststätte Haselbach – Beschlussfassung des Landesfinanzierungsplanes, geht. Er stellt daher den

Antrag:

- a) Den Anträgen wird die Dringlichkeit zuerkannt
- b) Behandlung der Dringlichkeitspunkte unter Allfälligem.

Beschluss:

Antrag angenommen - einstimmig -

A:

I. Anträge des Bürgermeisters:

1. Offene Abstimmung gem. § 52 Oö.Gemeindeordnung 1990 für nachfolgende Wahl (gesamter Gemeinderat, Einstimmigkeit erforderlich)

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP I/1 abstimmen.

Antrag:

Offene Abstimmung gemäß § 52. Oö. Gemeindeordnung 1990

Beschluss:

Antrag angenommen -einstimmig-

**2. Nachwahl der Grünen-Fraktion
(Fraktionswahl, absolute Mehrheit der anwesenden Fraktionsmitglieder)**

Bgm. Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP I/2 abstimmen.

Antrag:

Entsendung in den Bauausschuss:

Herr GRE Friedrich Schmid wird als Ersatzmitglied in den Bauausschuss gewählt.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-
(durch Grüne-Fraktion)

an Tr am 15.2.2019

II. Anträge des Finanzausschusses:

1. Nachtragsvoranschlag für das Finanzjahr 2018; Überprüfung

StR Dir.Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/1 abstimmen.

Antrag:

Der Prüfungsbericht der Bezirkshauptmannschaft vom 04.12.2018 wird zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIa am 15.2.2019/Tr

2. Mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung; Änderung der Prioritätenreihung

StR Dir.Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/2 abstimmen.

Antrag:

Für die Mittelgewährung der im Investitionsplan enthaltenen Projekte wird nachstehende Prioritätenreihung beschlossen:

- 1) Standesamtsverband Braunau – Sanierungsmaßnahmen im Schloss Ranshofen
- 2) Neue Mittelschule Ranshofen – Schaffung von Flächen im Rahmen der ganztägigen Schulform
- 3) FF Haselbach – Neubau der Zeugstätte
- 4) Schloss Ranshofen – Sanierung Meiereitrakt
- 5) FF Ranshofen – Fahrzeugankauf
- 6) Sportanlage Ranshofen – Generalsanierung
- 7) Fuhrpark – Ankauf eines Kommunalfahrzeuges
- 8) Kindergarten Neustadt – Erweiterung bzw. Neubau
- 9) Stadtschulen – Weiterentwicklung (Bildungscampus)
- 10) Stadion Stadt – Sanierung bzw. Neubau

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an Ila am 15.2.2019/Tr

3. Prozess „Zusammenleben in Braunau am Inn“ Planung eines Begegnungszentrums; Finanzierung

StR Dir.Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Vbgm.Schilcher sagt, da es bei diesem Punkt durchaus sein kann, dass nicht alle wissen warum es hier geht, versucht er aus seiner Sicht dies zu erläutern. Die Arbeitsgruppe Begegnung im Prozess Zusammenleben in Braunau hat entschieden, dass ein Bedarf an Räumlichkeiten besteht und daher ist ein Konzept zur Umsetzung eines Begegnungszentrums erstellt worden. Es wurde auch entschieden, dass dieses Projekt in der der ehemaligen Polytechnischen Schule in der Kaserngasse gemacht werden soll mit geschätzten Gesamtkosten von EUR 37.400,--. Das ist jedoch nicht alles, denn das Projekt soll laut Amtsvortrag im Jahr 2019 neben den EUR 37.000,-- noch laufende Kosten von EUR 32.620,-- verursachen mit voraussichtlicher Bezahlung durch die Stadtgemeinde. Wir beschließen aber laut Amtsvortrag nur eine Summe von EUR 54.020,--, obwohl beide Summen zusammen EUR 70.020,-- ergeben würden, weil bereits EUR 16.620,-- für das Jahr 2019 im Budget stehen. Genau diese Summe wird das Begegnungszentrum mindestens auch in den Folgejahren kosten. Die Stadtgemeinde unterstützt finanziell auch andere Integrationsprojekte, wie die MigrantInnenbetreuung der Volkshilfe, Wohnen im Dialog inkl. Rucksackprojekt etc.,

aus dem sich dass der SHV oder das Land mehr und mehr zurück ziehen und diese dann bei der Stadtgemeinde hängen bleiben. Für ihn drängt sich die Frage auf, wie wir hier entscheiden würden, wenn der Amtsvortrag jetzt nicht auf EUR 54.020,00 sondern auf EUR 100.000,-- oder EUR 200.000,-- lauten würde. Wo liegt die Grenze und wo würden wir sagen, dass es zu viel ist. Die FPÖ-Fraktion wird diesem Tagesordnungspunkt in der Form nicht zustimmen.

StR Außerhuber-Camposeco sagt, dass mit dem Prozess im Jahr 2016 begonnen wurde. Es war der Wunsch vieler Leute, dass hier eine Begegnungsmöglichkeit geschaffen werden soll. Nach einiger Suche haben wir dann in der Pfarre Neustadt Platz gefunden und die Leute haben sich dann dort getroffen. Das Projekt ist sehr erfolgreich und es treffen sich regelmäßig an die 30 Personen. Wir benötigen jetzt einen Raum, wo diese Personen, auch mit Kindern, Platz haben. Es ist sehr schwierig einen Platz zu finden, wo so viele Personen Platz haben. Es arbeiten sehr viele Personen ehrenamtlich an diesem Projekt und unser Anliegen ist es, dass das Zusammenleben in Braunau verbessert wird. Es sind alle sehr herzlich eingeladen und außerdem ist es ihrer Meinung nach auch im Interesse der Stadt.

GR Ing. Weibold sagt, dass er als Vorstandsmitglied bei Leader auch damit konfrontiert ist. Er kennt das Konzept und die Förderung bei Leader hängt nicht davon ab ob es ideologisch behaftet ist, sondern es hat ganz bestimmte Kriterien zu erfüllen. Die Kriterien sind in einem Katalog festgelegt und müssen der lokalen Entwicklungsstrategie entsprechen. Wenn dieses Projekt dieser lokalen Entwicklungsstrategie entspricht, dann wird es auch gefördert. In diesem Fall handelt es sich um einen Fördersatz von 40 % der ausgeschüttet wird. Die Strategie wurde von 37 Gemeinden in dieser Region festgelegt. Es gibt noch keine Zusage, weil noch keine Sitzung stattgefunden hat, aber wenn es der lokalen Entwicklungsstrategie entspricht und die Kriterien erfüllt werden, dann wird es auch zu einer Förderung kommen. Weiters möchte er noch sagen, dass Braunau sowieso im Antragsverhalten für Leader ausgesprochen zurückhaltend ist. Er würde sich schon mehr wünschen.

StR Haubentrath sagt, dass wir in Braunau Integration wollen, aber keine Möglichkeiten dazu anbieten. Sie würde gerne in das Weltcafe oder in das Habiba einladen. Im Habiba sind ganz tolle Frauen und das mittlerweile nicht nur aus der Stadt Braunau, sondern aus dem ganzen Bezirk Braunau. Es werden Deutschkurse und viele andere Kurse angeboten. Die Pfarre Neustadt war nur eine Übergangslösung und wir haben keinen Platz für so viele Frauen. Wenn wir so ein Angebot haben möchten, dann müssen wir auch Räume anbieten. Die Stadtgemeinde Braunau muss aber auch dazu bereit sein, hier etwas Geld in die Hand zunehmen. Das Habiba ist ja auch angemietet und kostet zusätzlich Geld und dieses würde dann auch in das Begegnungszentrum integriert. Wir hätten viel mehr Möglichkeiten und es könnten auch Vereine dort ihre Sitzungen abhalten. In der Kunstwerkstatt wurde das Programm jetzt für alle Braunauer Kinder erweitert, nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund. Hier haben wir schon eine große Verantwortung. Jetzt haben wir eine Möglichkeit für ein Begegnungszentrum und das sollten wir auch nützen.

StR Dir. Knauseder MMBA sagt zu Herrn Vbgm. Schilcher, dass die Frage wo die Schmerzgrenze liegt berechtigt aber auch hypothetisch ist. Er hat keine Ahnung wo die Schmerzgrenze liegt, aber das kann ja auch jeder für sich selber entscheiden. Zum Projekt möchte er sagen, dass dies ein sehr positives Projekt ist. Beim Geld kennt er sich besser aus und er möchte sagen, dass diese Kosten offen und transparent im Akt ersichtlich sind. Es ist festzustellen, dass eindeutig unterschieden wird bei den Kosten für die Inbetriebnahme des Gebäudes mit EUR 37.400,-- und beim finanziellen Aufwand für den laufenden Betrieb für ein Jahr. Er hat dies extra vorgelesen, damit kein falscher Eindruck entsteht. Die Erklärung warum im Amtsvortrag jetzt andere Zahlen stehen ist, weil bereits 16.620,-- im Budgetvoranschlag für 2019 kalkuliert sind und die Differenz von EUR 16.620,-- noch fehlt. Das ist ihm sehr wichtig und wurde auch in den Ausschüssen vorberaten und diskutiert.

Bgm.Mag. Waidbacher sagt, dass es von seiner Seite her so vorgesehen ist, dass dies nicht nur den Gruppen die aus dem Integrationsprozess entstanden sind zur Verfügung stehen soll, sondern es steht der gesamten Braunauer Bevölkerung, allen Vereinen etc. zur Verfügung.

StR Esterbauer sagt, dass er Integration so versteht, wenn man sich irgendwo einbürgern will auch mit diesen Menschen mitleben soll und will. Er versteht nicht, warum wir ständig dafür zahlen müssen, damit sich andere bei uns integrieren. Wenn hier extra ein Raum geschaffen werden muss, damit man sich integrieren kann, dann läuft etwas schief. Wenn man sich integrieren will, dann geht man in ein öffentliches Lokal wo auch der Wirt etwas davon hat. Hier gibt es dann auch Begegnungen zwischen Österreichern und Nichtösterreichern und das nennt er Integration. Seiner Meinung nach hat es nichts mit Integration zu tun, wenn man wieder extra Räume schafft, wo die Leute dann wieder unter sich sind. Er würde das Geld lieber in die Hand nehmen und damit ein Frauenhaus einrichten.

GR Ing. Weibold sagt, wenn man als Gemeinwesen Interesse hat, das Bürger sozusagen für dieses Gemeinwesen etwas machen sollen, dann muss man etwas investieren. Würde man das nicht machen, dann hätte man keine Lehrlingsausbildung und keine Facharbeiter. Wenn man will das Leute die zu uns gekommen sind, aus welchen Gründen auch immer, auch hier bleiben, dann ist es doch nur logisch eine Hilfe dazu zu geben, dass sich diese Leute integrieren. Irgendwann wird nämlich von diesen Leuten auch etwas zurück kommen; z.B.in Form von Steuern etc.

StR Esterbauer sagt, wenn er in ein anderes Land wie z.B. Amerika auswandern will, dann muss er schauen wie er sich integriert. Das wird nicht von der Stadtgemeinde erledigt, sondern er muss sich selber darum kümmern.

GR Bachinger sagt, dass die FPÖ-Fraktion auch deswegen gegen dieses Begegnungszentrum ist, weil anscheinend den Sportvereinen der Stadt Braunau zukünftig ein Teil der Betriebskosten vorgeschrieben werden soll. Beim Begegnungszentrum werden die Betriebskosten nicht vorgeschrieben und die Sportvereine, wo viel ehrenamtliche Arbeit geleistet und viel mit Bürgern und Kindern gearbeitet wird, werden zur Kasse gebeten. Was ihn noch stört ist, dass die Arbeiten schon begonnen haben obwohl noch kein Beschluss gefasst wurde.

Er fragt sich deshalb schon, warum mit den Arbeiten schon begonnen wurde, wenn es noch keinen offiziellen Beschluss gibt.

Bgm.Mag. Waidbacher sagt, dass es sich um Vorbereitungsarbeiten handelt, die vor allem die Fenster betreffen. Es wurde jetzt jemand gefunden, der dies macht. Dieses Gebäude müsste sowieso saniert werden, weil wir es wahrscheinlich auch als Ausweichquartier benötigen und deshalb gehen diese Kosten auch nicht verloren.

StR Feichtenschlager sagt, dass es gut ist in Österreich zu leben und integrative Unterstützung bieten. Sie glaubt nicht, dass beim Wirt Deutschkurse oder dergleichen angeboten werden. Sie ist froh, dass wir uns das leisten und es auch tun können.

StR Haubentrath sagt, dass z.B. das Habiba von ehrenamtlichen Helfern geführt wird und wir müssen froh sein, dass wir diese Leute haben die sich sehr viel Mühe geben. Wenn wir das bezahlen müssten, dann würde das ganz anders aussehen. In einem Wirtshaus ist es sehr schwierig Deutschkurse zu machen und diese Leute möchten sich auch integrieren. Es ist sehr empfehlenswert, sich diese Einrichtung einmal anzusehen.

GR Bachinger sagt, er versteht aber dann nicht warum im Amtsvortrag steht, dass zwei geringfügige Mitarbeiter angestellt werden, wenn alles ehrenamtlich läuft.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP II/3 abstimmen.

Antrag: mit Bild.A.

Die benötigten Finanzmittel von insgesamt EUR 54.020,00 für die Umsetzung des Projekts Begegnungszentrum sollen vorerst durch eine Rücklagenentnahme aus der Allgemeinen Haushaltsrücklage finanziert werden. Sollten im Zuge der Erstellung des NVA 2019 im Herbst zusätzliche finanzielle Mittel zur Verfügung stehen, kann die beabsichtigte Rücklagenentnahme unterbleiben.

Beschluss:

Antrag angenommen

Für den Antrag:

ÖVP-, SPÖ- und Grüne Fraktion

Gegen den Antrag:

FPÖ-Fraktion

an lb am 15.2.2019/Tr

4. Tennishalle Braunau - Ersuchen um finanzielle Unterstützung

StR Dir.Knauseder MMBA berichtet über den Tagesordnungspunkt.

GR Ing. Weibold sagt, dass die Argumente die Herr StR Knauseder gebracht hat der Grund waren, warum er im Finanzausschuss diesem Punkt zugestimmt hat. Er hat aber Bauchweh, weil wir hier eine GmbH mit einer Bilanzsumme von EUR 240.000,-- fördern, wovon das Eigenkapital EUR 234.000,-- beträgt. Das Eigenkapital ist sehr hoch und die Verbindlichkeiten bewegen sich um ca. EUR 2.600,-- wobei ein Überschuss mit EUR 12.000,-- erwirtschaftet wurde, wobei EUR 14.000,-- die AfA beträgt. Wir haben EUR 55.000,-- Erlöse und EUR 28.000,-- Aufwendungen und die Betriebskosten belaufen sich auf EUR 11.000,--. Diese GmbH ist sehr gut aufgestellt und er fragt sich deshalb, ob man diese Hausbesitzabgaben für zwei Jahre fördern muss. Er ist selber auch Hausbesitzabgaben zahlender Verein und er hat kein Problem diese zu entrichten. Er stellt daher einen **Antrag**, dass die Hausbesitzabgaben mit EUR 4.500,-- jetzt nicht für zwei Jahre, sondern nur für ein Jahr gefördert werden. Wir sollten jetzt nur für ein Jahr fördern und dann darüber wieder beraten.

Vgm. Schilcher sagt, dass in Zukunft genau solche Punkte vorher im Sportausschuss beraten werden sollten.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über den Gegenantrag von Herrn GR Ing. Weibold abstimmen.

Antrag:

Zustimmung zur Gewährung eines Förderungsbeitrages in Höhe der anfallenden Hausbesitzabgaben exklusive Umsatzsteuer (ca. EUR 4.500,00 pro Jahr) für das Jahr 2019. Die anfallende Umsatzsteuer ist von der Tennishalle Braunau zu entrichten.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIa am 15.2.2019/Tr

III. Antrag des Wirtschaftsausschusses:

1. Liegenschaft Schmidinger, jetzt Schwarzenbacher/Eberhart, Scheuhubstraße 17 - EZ 708, KG 40014 Ranshofen; Wiederkaufsrecht zugunsten der Gemeinde – Löschung

GR DI Mag. Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP III/1 abstimmen.

Antrag:

Der vom Notariat Dr. Hermann Gittmaier vorgelegten vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Löschungserklärung im Entwurf vom 04.12.2018 bzgl. der grundbücherlichen Einverleibung der Löschung des Wiederkaufsrechtes für die Stadtgemeinde Braunau am Inn laut C-LNR 1a ob der EZ 708 in der KG 40014 Ranshofen wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIb am 15.2.2019/Tr

IV. Anträge des Planungsausschusses:**1. Campus, ÖEK Nr. 2 – Änderung Nr. 18, Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Änderung Nr. 39; Beschlussfassung**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt **der Vorsitzende** über TOP IV/1 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung wird

1. die Änderung Nr. 18 des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 2 lt. Änderungsplan ÖEK 2.18 – Campus vom 17.09.2018
2. die Änderung Nr. 39 des Flächenwidmungsteils Nr. 5 lt. Änderungsplan FW 5.39 – Campus vom 17.09.2018

nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-
(ohne GRE Schmid)

an IIIa am 15.2.2019/Tr

2. Berner, Flächenwidmungsplan Nr. 5 – Änderung Nr. 38, Bebauungsplan Nr. 13/2 – Änderung Nr. 6; Beschlussfassung

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IV/2 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung wird

1. die Änderung Nr. 38 des Flächenwidmungsteils Nr. 5 lt. Änderungsplan FW 5.38 – Berner vom 04.09.2018
2. die Änderung Nr. 6 des Bebauungsplanes Nr. 13/2 lt. Änderungsplan BPL 13/2.6 – Berner vom 04.09.2018

nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-
(ohne GRE Schmid und GR Baccili)

an IIIa am 15.2.2019/Tr

3. Gewog Mozartstraße II, Bebauungsplan Nr. 9 – Änderung Nr. 10; Beschlussfassung

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IV/3 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung wird die Änderung Nr. 10 des Bebauungsplanes Nr. 9 lt. Änderungsplan BPL 9.10 – Gewog Mozartstraße II vom 10.01.2019 nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF beschlossen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-
(ohne GRE Schmid und GR Baccili))

an IIIa am 15.2.2019/Tr

4. Pavic, Bebauungsplan Nr. 42 – Änderung Nr. 10; Planungskostenvereinbarung

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IV/4 abstimmen.

Antrag:

Der vorliegenden, vollinhaltlich zur Kenntnis genommenen Planungskostenvereinbarung vom 03.01.2019 wird zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

(ohne GRE Schmid, GR Baccili und GR Ing.Pill)

an IIIa am 15.2.2019/Tr

5. Pavic, Bebauungsplan Nr. 42 – Änderung Nr. 10; Einleitung

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IV/5 abstimmen.

Antrag:

Aufgrund des im Amtsvortrag angeführten Sachverhaltes und der Begründung ist das Verfahren zur Änderung Nr. 10 des Bebauungsplanes Nr. 42 lt. Änderungsplan BPL 42.10 – Pavic vom 07.01.2019 nach den Bestimmungen des Oö. ROG 1994 idgF einzuleiten.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

(ohne GRE Schmid und GR Ing.Pill)

an IIIa am 15.2.2019/Tr

6. Stadt Simbach am Inn, Änderung des Flächennutzungsplans durch das Deckblatt Nr. 2 „Erlacher Straße Süd“; Stellungnahme AV und BR vom 20.11.2018 (Stadt Simbach am Inn, Änderung des Flächennutzungsplans durch das Deckblatt Nr. 2 „Erlacher Straße Süd“; Stellungnahme)

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IV/6 abstimmen.

Antrag:

Der bezogene Vorgang wird als Information zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

(ohne GRE Schmid und GR Ing. Pill)

an IIIa am 15.2.2019/Tr

7. **Stadt Simbach am Inn, Aufstellung des Bebauungsplanes „Waldblickstraße“; Stellungnahme
AV und BR inkl. Formblatt vom 28.11.2018 (Stadt Simbach am Inn, Aufstellung des Bebauungsplanes „Waldblickstraße“; Stellungnahme)**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IV/7 abstimmen.

Antrag:

Der bezogene Vorgang wird als Information zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-
(ohne GRE Schmid)

an IIIa am 15.2.2019/Tr

8. **Verständigung Gemeinde Überackern, Flächenwidmungsplan Nr. 05, Örtliches Entwicklungskonzept Nr. 02 für das gesamte Gemeindegebiet Überackern**

StR DI Grabner-Sittenthaler berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IV/8 abstimmen.

Antrag:

Der bezogene Vorgang wird als Information zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-
(ohne GRE Schmid)

an IIIa am 15.2.2019/Tr

V. Anträge des Bau- und Umweltausschusses:

- 1. Auflassung und Übernahme von Teilflächen aus bzw. in das öffentliche Gut; Industriezeile (Fa. Berner)
Grundstück 607/1, 612/3, 957/1, jeweils KG Osternberg**

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP V/1 abstimmen.

Antrag: mit WiA + Verk.A.

Wie in der Vermessungsurkunde, GZ 17756 vom 17.07.2018 dargestellt, wird im Bereich Industriezeile (Gst 607/1, 612/3, 957/1, jeweils KG Osternberg) die Teilfläche 1 in das öffentliche Gut übernommen und die Teilfläche 2 aus diesem aufgelassen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIIa am 15.2.2019/Tr

- 2. Neubau Feuerwehr Haselbach;
Vergabe der Baumeisterarbeiten an die Fa. Oskar Franzmair, Mattighofen
um EUR 302.111,87 inkl.MwSt.**

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP V/2 abstimmen.

Antrag:

Der Vergabe der Baumeisterarbeiten für den Neubau Feuerwehr Haselbach an die Fa. Oskar Franzmair, Mattighofen um EUR 302.111,87 inkl.MwSt. wird vorbehaltlich der Zustimmung der Förderstelle des Landes zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIb am 15.2.2019/Tr

**3. Neubau Feuerwehr Haselbach;
Vergabe der Heizungs- und Sanitärinstallation an die Fa. Kotrax Installations GmbH,
Neuhofen/Innkreis um EUR 120.290,40 inkl.MwSt.**

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP V/3 abstimmen.

Antrag:

Der Vergabe der Heizungs- und Sanitärinstallation für den Neubau Feuerwehr Haselbach an die Fa. Kotrax Installations GmbH, Neuhofen um EUR 120.290,40 inkl.MwSt. wird vorbehaltlich der Zustimmung der Förderstelle des Landes zugestimmt.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIb am 15.2.2019/Tr

**4. Neubau Feuerwehr Haselbach;
Vergabe der Außenanlagenarbeiten an die Fa. Strabag AG, Linz um EUR 105.880,06
inkl. MwSt.**

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP V/4 abstimmen.

Antrag:

Die Außenanlagenarbeiten für das Bauvorhaben Neubau Feuerwehr Haselbach werden lt. Angebot vom 23.10.2018 zum Preis von EUR 105.880,06 inkl.MwSt. an die Fa. Strabag AG, Linz, vorbehaltlich der Zustimmung der Förderstelle des Landes, vergeben.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIb am 15.2.2019/Tr

**5. Neubau Feuerwehr Haselbach;
Vergabe der Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Elektro Luger GmbH,
Ranshofen um EUR 107.560,43 inkl.MwSt.**

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP V/5 abstimmen.

Antrag:

Die Elektroinstallationsarbeiten für das Bauvorhaben Neubau Feuerwehr Haselbach werden lt. Angebot vom 23.10.2018 zum Preis von EUR 107.560,43 inkl.MwSt. an die Fa. Elektro Luger GmbH, Ranshofen, vorbehaltlich der Zustimmung der Förderstelle des Landes, vergeben.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIb am 15.2.2019/Tr

**6. Gewerberechtliche Verfahren -
Vorlage der Stellungnahmen der Stadtgemeinde zur Information**

GR DI Parfant berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP V/6 abstimmen.

Antrag:

Die Stellungnahmen der Stadtgemeinde Braunau werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an IIIa am 15.2.2019/Tr

VI. Antrag des Sozialausschusses:

1. Frau für Frau; Frauenübergangswohnung; Förderansuchen für 2019

StR Feichtenschlager berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP VI/1 abstimmen.

Antrag: mit Fin.A.

- a) Frau für Frau erhält für die Frauenübergangswohnung Braunau am Inn im Jahr 2019 von der Stadtgemeinde Braunau am Inn eine Förderung in Höhe von EUR 11.000,00.
- b) Ein Verwendungsnachweis für die Förderung der Stadtgemeinde Braunau am Inn für das Jahr 2019 ist bis 31.03.2020 vorzulegen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an Ib am 15.2.2019/Tr

VII. Antrag des Prüfungsausschusses

1. Personalentwicklung der Stadtgemeinde (Beilage)

GR DI Mag. Hackl berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP VII/1 abstimmen.

Antrag:

Die Berichte des Prüfungsausschusses vom 18.9.2018 und 13.11.2018 werden zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an Tr am 15.2.2019

VIII. Antrag des Personalbeirates:

1. Änderung des Dienstpostenplans

Bgm.Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP VII/1 abstimmen.

Antrag:

- a) Der derzeit von der VB Mag. Martina Schäfer besetzte Dienstposten der Funktionslaufbahn GD 20.3 wird auf 0,5 Personaleinheiten mit einer Bewertung in Funktionslaufbahn GD 21.7 abgeändert.
- b) Der derzeit von der VB Johanna Eppacher besetzte Dienstposten wird mit einem Beschäftigungsausmaß von 0,75 Personaleinheiten festgesetzt.
- c) Der derzeit von der VB Magdalena Perschl besetzte Dienstposten der Funktionslaufbahn GD 18.5 wird mit Funktionslaufbahn GD 17.5 bewertet.
- d) Der derzeit von der VB I Susanne Kriegleder besetzte Dienstposten wird mit einem Beschäftigungsausmaß von 0,625 Personaleinheiten festgesetzt.
- e) Für die Unterstützung im Bürobereich des Wirtschaftshofes wird ein Dienstposten mit einer Personaleinheit und einer Bewertung nach Funktionslaufbahn GD 20.3 geschaffen.
- f) In den Kinderbetreuungseinrichtungen wird ein Dienstposten im Schema KBP von derzeit einer Personaleinheit auf 0,4625 Personaleinheiten reduziert.
- g) Weiters wird im Kindergartenbereich ein Dienstposten im Schema I L / I 2b 1 von derzeit 0,675 auf 0,6875 Personaleinheiten erhöht.
- h) Im Zuge der Umstellung von Dienstposten für Helfer/innen auf Jahresarbeitszeit werden zwei Dienstposten nach Funktionslaufbahn GD 22.3 von derzeit jeweils 0,75 auf 0,71875 Personaleinheiten reduziert.
- i) Der von der VB Maria Huber besetzte Dienstposten wird von derzeit 0,78125 auf 0,86875 Personaleinheiten angehoben.
- j) Ein derzeit freier Dienstposten nach Funktionslaufbahn GD 22.3 wird von derzeit 0,8875 auf 0,9 Personaleinheiten erhöht.

Beschluss:

Antrag angenommen

-einstimmig-

an la am 15.2.2019/Tr

IX. Allfälliges**1. Oö.Tourismusgesetz 2018; Gemeindegzuschlag zur Freizeitwohnungspauschale**

Bgm.Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IX/1 abstimmen.

Antrag:

Für die Stadtgemeinde Braunau am Inn wird eine Abgabenordnung für den Gemeindegzuschlag zur Freizeitwohnungspauschale laut vorliegenden zur Kenntnis genommenen Verordnungsentwurf vom 09.02.2019 genehmigt.

Beschluss:

Antrag angenommen -einstimmig-

an IIa am 15.2.2019/Tr

2. FF Haselbach – Neubau der Zeugstätte; Beschlussfassung des Landesfinanzierungsplanes vom 12.02.2019

Bgm.Mag. Waidbacher berichtet über den Tagesordnungspunkt.

Da keine Wortmeldungen vorliegen, lässt der **Vorsitzende** über TOP IX/2 abstimmen.

Antrag:

Der mit Schreiben vom 12.02.2019 vom Land übermittelte und zur Kenntnis gebrachte Landesfinanzierungsplan (IKD-2017-18034/29-PJ) wird vollinhaltlich beschlossen:

Bezeichnung der Finanzierungsmittel	2019	2020	2021	Gesamt in EUR
Rücklagen	610.000			610.000
Anteilsbetrag ord. Haushalt	112.500	111.100		223.600
Bedarfszuweisung	69.500	69.500	69.400	208.400
Summe in EUR :	792.0000	180.600	69.400	1.042.000

Beschluss:

Antrag angenommen -einstimmig-

an IIa am 15.2.209/Tr

3. **StR Außerhuber-Camposeco** sagt, dass Braunau seit 2012 eine Fairtrade-Stadt ist. Vor kurzem wurde für die Mitarbeiterinnen im Reinigungsdienst Arbeitskleidung organisiert und die T-Shirts die gekauft worden sind, sind zu 100 % aus fair gehandelter zertifizierter Baumwolle. Es hat uns sehr gefreut, dass die Stadt Braunau diese Kriterien für fair und sozial produzierte Kleidung ernst nimmt. Sie hat in der letzten Woche eine Dame des Reinigungsdienstes in der Polytechnischen Schule getroffen, die ihr stolz diese neue Kleidung vorgeführt hat, was sie auch als Wertschätzung empfunden hat.
4. **GR Burgstaller** sagt, dass der Stadtteil Laab mit 30.3.2019 die hausärztliche Versorgung verliert. Für ältere Personen ist dies sehr schwierig und vor allem auch deshalb, weil die bestehenden Hausärzte keine Patienten mehr aufnehmen.

Bgm. Mag. Waidbacher sagt, dass die Kassenstelle von Frau Dr. Breban ausgeschrieben ist und die Bewerbungsfrist noch bis Anfang März läuft. Jetzt muss abgewartet werden, ob sich um diesen Kassenvertrag jemand bewirbt. Zurzeit ist es überhaupt sehr schwierig, das betrifft aber nicht nur Braunau, für allgemein medizinische Ordinationen NachfolgerInnen zu finden. Es müssen auch gemeinsame Anstrengungen erfolgen, um die Ursachen zu beheben, wobei er nicht sehr optimistisch ist, dass dies sehr zeitnah gehen wird.

5. **GR Bachinger** sagt, dass er ein paar Anliegen die Linzerstraße betreffend hat. Es handelt sich um das Haus Linzerstraße 36, das von der Stadtgemeinde verkauft worden ist. Er weiß nicht, ob es schon jemanden aufgefallen ist, dass hier Teile vom Haus herunter fallen und dies ist dann notdürftig mit Schneestangen abgesperrt worden. Er weiß aber auch nicht, wer diese Absperrungen angebracht hat. Seiner Meinung nach ist hier Gefahr im Verzug, weil große Mauerbrocken herunter fallen und auch die Dachrinne bereits herunter hängt. Weiters erfolgt vor diesem Haus auch keine Schneeräumung.

Bgm. Mag. Waidbacher sagt, dass er für den Hinweis dankt und diese Angelegenheit sogleich der Baupolizei weiter gegeben wird.

An IIIa per Mail weiter geleitet am 15.2.2019/Tr

6. **GR Bachinger** sagt weiters, dass in der Linzerstraße Schilder mit Halte- und Parkverbot stehen und diese Schilder einfach von den Leuten irgendwie umgestellt werden. Er weiß auch nicht wer diese Schilder aufgestellt hat und es befindet sich auch keine zeitliche Begrenzung darauf, aber es wurden dadurch drei oder vier Parkplätze blockiert. Diese Schilder waren jetzt aber Tage weg und plötzlich über das Wochenende wurden wieder 2 Parkplätze mit diesen Schildern belegt.

Bgm.Mag. Waidbacher sagt, dass es sicher eine Verordnung dazu geben muss. Er wird dies aber überprüfen lassen.

An Pol per Mail weiter geleitet am 15.2.2019

7. **GR Bachinger** weist auch noch darauf hin, dass die Ladezone vor dem Geschäft Schiller in der Linzerstraße eigentlich zum Abladen für LKW's gedacht ist. An einem Mittwoch ist diese Ladezone aber meistens mit PKW's verparkt. Wenn er für sein Geschäft eine Lieferung bekommt, dann muss dieser LKW auf der Straße stehen bleiben, weil kein Platz vorhanden ist und dies müsste seiner Meinung nach an einem Mittwoch öfter kontrolliert werden.

An Pol per Mail weiter geleitet am 15.2.2019/Tr

Der Vorsitzende

Mag. Waidbacher eh.

Unterschriftsermächtigter der ÖVP-Fraktion

Baccili eh.

Unterschriftsermächtigter der FPÖ-Fraktion

Mag. Ing. Haberkellner eh.

Unterschriftsermächtigter der SPÖ-Fraktion

Mikula eh.

Unterschriftsermächtigter der GRÜNE-Fraktion

Mag. DI Hackl eh.

Schriftführerin

Lahner eh.

**Gegen die vorliegende Verhandlungsschrift
wurden keine Einwendungen erhoben**

Braunau am Inn, am 28.03.2019

Der Vorsitzende

Mag. Waidbacher eh.